

FORDERUNGEN AN DIE WEITERENTWICKLUNG DER HEIMERZIEHUNG



Ergebnisse einer
Beteiligungswerkstatt mit
Eltern und Fachkräften

Eine Veranstaltung im Rahmen des:

ZUKUNFTSFORUM HEIMERZIEHUNG

Initiative zur Weiterentwicklung der Heimerziehung



Forderungen an die Heimerziehung aus Sicht von Eltern und Fachkräften

Ergebnisse einer Beteiligungswerkstatt im Projekt »Zukunftsforum Heimerziehung«

Das Projekt »Zukunftsforum Heimerziehung« hat zum Ziel, Weiterentwicklungsbedarfe in der Heimerziehung zu identifizieren und Neuerungen anzuregen. Ein zentraler Baustein des Projekts ist es, Beteiligungswerkstätten mit Adressat*innen der Heimerziehung durchzuführen, um deren Sichtweisen und Anregungen herauszuarbeiten und einzubeziehen.

Vor diesem Hintergrund wurde eine Beteiligungswerkstatt mit Eltern, deren Kinder in Heimerziehung leben und Fachkräften ausgerichtet. Im Rahmen dieser Werkstatt haben sich Eltern und Fachkräfte über die Rolle und die Situation von Eltern in der Heimerziehung ausgetauscht und Ideen zur Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes gesammelt. Als Ergebnis ist ein Forderungskatalog entstanden, der die Wünsche, Anregungen und die Weiterentwicklungsbedarfe aus Sicht der Teilnehmenden zusammenfasst.

Der Forderungskatalog soll nicht als abschließend oder vollständig verstanden werden. Vielmehr beziehen sich die Anforderungen auf Bereiche, die sich in der Werkstatt als wesentlich herausgestellt haben. Wünschenswert wäre, wenn die Beteiligung von Betroffenen fortgeführt wird und weitere – auch wissenschaftliche – Analysen der Wahrnehmungen von Eltern, Kindern und Fachkräften zur Qualifikation der Situation in der Heimerziehung beitragen würden.

Im Projekt »Zukunftsforum Heimerziehung« werden diese Forderungen als zentraler Beitrag einer Adressat*innengruppe eingebracht, um diese – neben den Ergebnissen weiterer Formate (u. a. Beteiligungswerkstätten mit Careleavern, Kindern und Jugendlichen, einem Wissenschaftsforum) – zur Weiterentwicklung der Heimerziehung nutzen zu können.

Der Forderungskatalog fasst die Ergebnisse der Beteiligungswerkstatt zusammen und stellt 10 Forderungen auf, deren Umsetzung aus Sicht der Teilnehmenden, die Situation von Eltern in der Heimerziehung nachhaltig verbessern würde.

Impressum

Internationale Gesellschaft für
erzieherische Hilfen – IGfH e. V.

Galvanistraße 30
60486 Frankfurt am Main

igfh@igfh.de
www.igfh.de

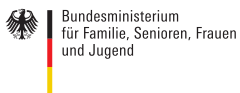
Tel. + (49) 0 69 63 39 86-0
Fax + (49) 0 69 63 39 86-25

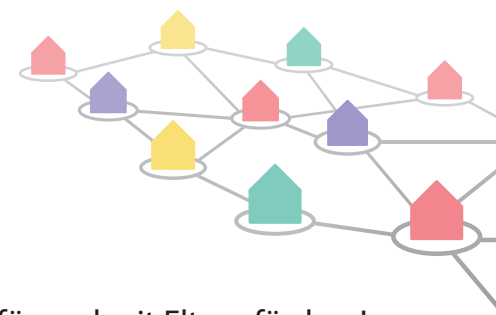
Gestaltung: Beatrice Alberti
mail@alberti-design.de

V.i.S.d.P.: Josef Koch, IGfH e. V.
26.02.2020



Fachhochschule
Dortmund
University of Applied Sciences and Arts





Forderungskatalog

1. Lobbyarbeit für und mit Eltern fördern!
2. Eine Vernetzung von Eltern untereinander ermöglichen!
3. Konzepte zur Zusammenarbeit gemeinsam mit Eltern entwickeln und Ressourcen zur Umsetzung bereitstellen!
4. Ausstattung und Rahmenbedingungen für Wohngruppen auch in Hinblick auf die Kooperation mit Eltern verbessern!
5. Eine wohnortnahe Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen!
6. Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren für Eltern auf- bzw. ausbauen!
7. Mehr Ressourcen, mehr Kontinuität und Verlässlichkeit in den Jugendämtern!
8. Entscheidungsprozesse qualifizieren und die Hilfeplanung partizipativer gestalten!
9. Familien in ihrer Gesamtheit durch die Wohngruppen und Jugendämter begleiten und unterstützen!
10. Übergänge mit Eltern und Kindern qualifizieren!

1. Lobbyarbeit für und mit Eltern fördern!

Eltern mit Kindern in der Heimerziehung erfahren noch immer Ausgrenzung und Stigmatisierung sowohl in ihrem gesellschaftlichen Umfeld als auch durch das Jugendhilfesystem selbst. Heimerziehung wird eher als »Strafe« und nicht als »Chance« angesehen. Eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung der Heimerziehung würde Eltern helfen, vor sich und anderen darzulegen, dass sie mit der Fremdunterbringung des Kindes die richtige Entscheidung getroffen haben. Fachkräfte und Eltern fordern vor diesem Hintergrund:

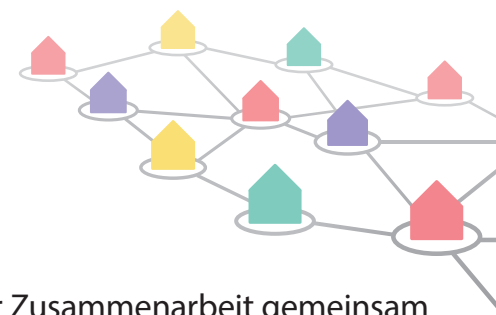
- **Lobbyarbeit anregen und politisch fördern**, z. B. durch weitere Beteiligungswerkstätten oder die Unterstützung von Selbsthilfegruppen, um die Eltern zu stärken und in der Politik gehört zu werden (ähnlich wie bei der Bewegung der Care-leaver). Dazu gehört auch eine Unterstützung der Lobbyarbeit durch Vereine und Verbände.
- **Positive Medienpräsenz der Heimerziehung etablieren**, indem z. B. positive Erfahrungen mit Heimerziehung in den Medien publik gemacht, Internetauftritte und Social-Media-Plattformen aktualisiert werden sowie die positiven Anliegen der Heimerziehung durch einen Hashtag (ähnlich wie bei der #MeToo-Bewegung) bekannt gemacht werden.
- **Sozialraumorientierte Aufklärung installieren und finanziell fördern**, z. B. durch Seminare und Projekte in Schulen, wie es sie bereits zu den Themen »Mobbing« und »Drogen« gibt.
- **Öffnung von Einrichtungen konzeptionell verankern**, z. B. durch einen regelmäßigen »Tag der offenen Tür« und andere Angebote, die einen Zugang unterschiedlicher Personengruppen in die Einrichtungen eröffnen.



2. Eine Vernetzung von Eltern untereinander ermöglichen!

Die Vernetzung mit anderen Eltern, deren Kinder in der Heimerziehung leben, ist für die Eltern ein wichtiger Faktor, um sich über Erfahrungen austauschen und gemeinsame Interessen vertreten zu können. Bisher gibt es aber kaum Möglichkeiten für Eltern, sich untereinander kennenzulernen oder zu vernetzen. Daher wird gefordert:

- **Vernetzung von Eltern untereinander fördern**, indem mehr Angebote für Eltern im Kontext der Einrichtungen geschaffen werden, wie z. B. durch Elterncafés oder gemeinsame Ausflüge sowie Seminare und Werkstätten, bei denen Kontakte zu anderen Eltern in ähnlichen Lebenssituationen geknüpft werden können.
- **Unterstützung beim Aufbau von Selbstorganisationsstrukturen**, damit der Austausch und die Interessenvertretung von Eltern für Eltern etabliert werden kann.



3. Konzepte zur Zusammenarbeit gemeinsam mit Eltern entwickeln und Ressourcen zur Umsetzung bereitstellen!

Fachkräfte und Eltern sehen die Notwendigkeit einer Kooperation, um die Situation des Kindes zu verbessern und einen gelungenen Hilfeprozess zu gestalten. Dabei geht es vor allem darum, eine Form der Zusammenarbeit zu entwickeln, die Eltern und Fachkräften ermöglicht, gemeinsame Wege der Hilfestellung zu finden. Konzeptionelle Verankerungen gelingender Formen der Zusammenarbeit liegen jedoch kaum vor bzw. werden nicht umgesetzt. Deshalb wird gefordert:

- **Ressourcen am Lebensort des Kindes für die Unterstützung von Eltern zur Verfügung stellen**, die es ermöglichen, »Hilfen aus einer Hand« zu leisten. Dazu bedarf es finanzieller und personeller Ressourcen für die alltägliche Begleitung sowie für Aktionen und Projekte mit Eltern.
- **Konzepte und Methoden zur Zusammenarbeit mit Eltern entwickeln und verankern, die gemeinsame Lernräume und Übungsfelder für Eltern, Kinder, Jugendliche und Fachkräfte eröffnen**, um ein gegenseitiges Lernen und Austauschen auf Augenhöhe zu ermöglichen. Dazu sind Räume und Gelegenheiten sowohl innerhalb des Alltags (z. B. durch Übernachtungsmöglichkeiten für Eltern und andere Familienangehörige) als auch außerhalb des Alltags (z. B. Ferienfreizeiten) zu schaffen.
- **Unterstützung bei Schulangelegenheiten verbessern**, die von Eltern als besonders belastend, aber gleichzeitig zentral für die Situation ihres Kindes angesehen werden, z. B. durch eine konzeptionelle Verankerung der Zusammenarbeit mit Schule unter Einbezug der Eltern.

4. Ausstattung und Rahmenbedingungen für Wohngruppen auch in Hinblick auf die Kooperation mit Eltern verbessern!

Für Eltern hat der Lebensort ihrer Kinder eine besondere Bedeutung, auch wenn die Kinder aufgrund der Heimunterbringung an anderen Orten wie sie selbst leben. Sie sorgen sich um ihre Kinder und möchten, dass es ihnen gut geht. Eltern und Fachkräfte fordern Orte, die Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder sowie den Kontakt zu Eltern ermöglichen. Um solche Orte zu schaffen, wird gefordert:

- 🏠 **Personalschlüssel der Wohngruppen sichern bzw. erhöhen**, um auch bei Personalengpässen die pädagogischen Standards zu halten und die Konzepte (z. B. zur Zusammenarbeit mit Eltern, zur Kooperation mit Schule) tatsächlich umsetzen zu können.
- 🏠 **Eine »gute« Ausstattung der Wohngruppen erhalten bzw. verbessern**, indem z. B. auf Einzelzimmer für Kinder und Jugendliche geachtet wird, die einen sicheren Rückzugsort benötigen sowie Übernachtungsmöglichkeiten für Eltern schaffen, die helfen können, den Kontakt zu halten bzw. die Zusammenarbeit zu unterstützen.
- 🏠 **Wohngruppen mit wenigen Plätzen fördern**, damit sich auch Kinder in den Gruppen wohlfühlen können, für die größere Gruppen belastend sind.
- 🏠 **Auslastungsdruck der Einrichtungen reduzieren**, um Überbelegungen und Überlastung zu verhindern und fachlich fundierte Entscheidungen bei der Aufnahme treffen zu können.
- 🏠 **Einrichtungen regelmäßig überprüfen**, damit mehr »Sicherheit« für Eltern besteht, dass die Rahmenbedingungen und Vorschriften eingehalten werden.



5. Eine wohnortnahe Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen!

Für die Eltern ist es von zentraler Bedeutung, dass sie am Alltag ihrer Kinder teilhaben können und dass Kinder durch die Aufnahme in eine Wohngruppe nicht ihre sozialen Kontakte verlieren. Auch für Fachkräfte ist der Kontakt zu den Eltern einfacher zu erhalten, wenn die Entfernungen zwischen Wohnort der Eltern und Einrichtung nicht zu groß sind. Daher wird gefordert:

- 🏠 **Das Kriterium der Wohnortnähe bei der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen beachten**, um Eltern und Kindern regelmäßige Besuchskontakte zu ermöglichen, sodass Eltern am Wohngruppenalltag beteiligt sein können.
- 🏠 **Sozialraumorientierte Arbeit der Einrichtungen ausbauen und unterstützen**, um so die Öffnung der Einrichtungen für Netzwerke der Familien und anderen Institutionen (z. B. Schulen) voranzutreiben.





6. Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren für Eltern auf- bzw. ausbauen!

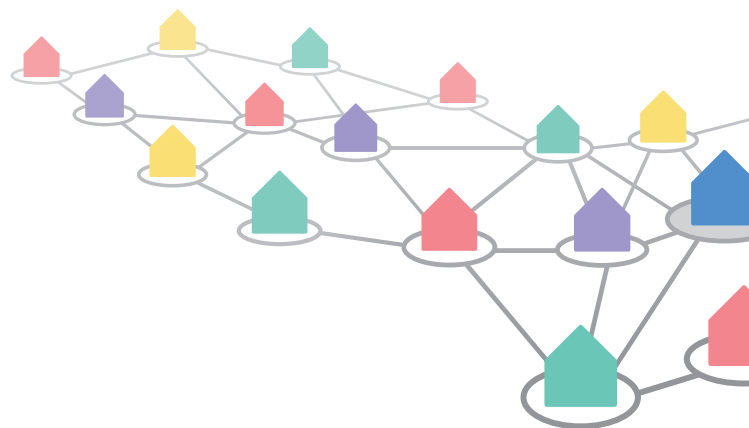
Eltern erleben sich gerade zu Beginn der Heimunterbringung ihrer Kinder oft fremdgesteuert und fühlen sich den Entscheidungen der Expert*innen ausgeliefert. Fachkräfte und Eltern beschreiben positive Erfahrungen, wenn Eltern die Möglichkeit eröffnet wird, sich weiterhin am Leben ihrer Kinder zu beteiligen. Bei der Umsetzung von Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren sehen Eltern und Fachkräfte aber noch immer erhebliche Schwierigkeiten und fordern:

- **Ausbau von Beteiligungsgremien für Eltern unterstützen**, z. B. durch die Einrichtung eines Sprecherrats von Eltern in Einrichtungen oder durch Arbeitsgruppen, die z. B. Rechteratgeber mit Eltern erarbeiten. Eine rechtliche Verankerung sowie personelle und finanzielle Unterstützung solcher Gremien ist notwendig, um den Ausbau voranzutreiben.
- **Einrichtungsinterne und unabhängige externe Beschwerdestellen flächendeckend etablieren und rechtlich verankern**, um Eltern zu unterstützen, ihre Anliegen und Rechte durchzusetzen und um Ansprechpartner*innen zu haben, an die sich Eltern wenden können.

7. Mehr Ressourcen, mehr Kontinuität und Verlässlichkeit in den Jugendämtern!

Die Kooperation zwischen Jugendämtern, Eltern und Einrichtungen wird als wichtiger Faktor für das Gelingen einer Hilfe beschrieben. Jugendämter als fallführende Organisationen nehmen für Eltern eine entscheidende Rolle bei der Hilfeentscheidung und -gewährung ein. Um eine stabile und kontinuierliche Zusammenarbeit erreichen zu können, wird gefordert:

- **Zuständigkeitswechsel vermeiden**, damit Informationen nicht verloren gehen und Entwicklungen langfristig begleitet werden können (auch bei Wohnortwechsel).
- **Die Anzahl von betreuten Fällen pro Mitarbeiter*in in Jugendämtern verringern**, damit die Fachkräfte im Jugendamt mehr Zeit und Ressourcen haben, um Eltern die notwendigen Informationen zu geben und zu erklären, regelmäßige Hilfeplangespräche durchzuführen und einen kontinuierlichen Kontakt (auch außerhalb von Hilfeplangesprächen) zu Kindern und Eltern halten zu können.
- **Die Erreichbarkeit des Jugendamtes verbessern**, um z. B. regelmäßige Hilfeplangespräche vereinbaren zu können und um zuverlässige Austauschmöglichkeiten auch in Krisensituationen sicherzustellen.



8. Entscheidungsprozesse qualifizieren und die Hilfeplanung partizipativer gestalten!

Die Entscheidung einer Fremdunterbringung hat tiefgreifende Auswirkungen auf das Leben einer Familie. Das gesetzlich verankerte Hilfeplanverfahren schreibt vor, dass Hilfen im Rahmen eines Aushandlungsprozesses mit den Beteiligten zu erarbeiten sind. Die Bedarfsklärung und die Entwicklung von Hilfsangeboten sind somit als ein koproduktiver Prozess von Eltern und Fachkräften anzusehen. Im Gegensatz hierzu erleben Eltern und Fachkräfte Entscheidungsprozesse, die Eltern wenig Gelegenheit geben, ihre Wünsche und Vorstellungen einzubringen. Vor diesem Hintergrund wird gefordert:

- **Hilfeentscheidungen qualifizieren und gemeinsam mit allen Beteiligten treffen**, z. B. indem Entscheidungsprozesse konsequenter vorangetrieben werden und verschiedene Angebote zur Auswahl stehen (und Eltern tatsächlich auswählen können). Es gilt zudem, Eltern bei Entscheidungsprozessen intensiver zu begleiten und auf mehr Transparenz zu achten.
- **Relevante Informationen zum Verständnis der Situation in einer Familie sammeln und tatsächlich als Entscheidungsgrundlage verwenden**, z. B. dadurch, dass Sichtweisen der Eltern konsequenter einbezogen sowie dokumentiert werden und nicht nur auf Grundlage der Akten entschieden wird.
- **Partizipation in Hilfeplangesprächen für Kinder und Eltern sicherstellen**, indem z. B. flexible Bedingungen für Hilfeplangespräche geschaffen werden, die es Kindern und Eltern ermöglichen, ihre Ziele und Wünsche zu formulieren. Dazu ist es erforderlich, dass Hilfeplangespräche auch in den Wohngruppen, Wohnungen oder anderen Bezugsorten der Kinder und Eltern stattfinden können und Uhrzeiten gewählt werden, die an die Bedürfnisse der Eltern und Kinder angepasst sind.

9. Familien in ihrer Gesamtheit durch die Wohngruppen und Jugendämter begleiten und unterstützen!

Heimerziehung tendiert aus Sicht von Fachkräften und Eltern dazu, die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen in den Vordergrund zu rücken und dabei die Gesamtheit der Familie aus dem Blick zu verlieren. Negative Haltungen von Fachkräften gegenüber Eltern (z. B. wenn Eltern als »Schuldige« für die Situation der Familie verurteilt werden) haben häufig einseitige kindzentrierte Perspektiven und Vorgehensweisen zur Folge. Deshalb fordern Eltern und Fachkräfte:




- **Den Blick im Jugendamt und in den Wohngruppen auf die ganze Familie richten und nicht nur auf das einzelne Kind**. Dabei kann eine »systemische« Begleitung der Familie bei der gemeinsamen Aufarbeitung des »kritischen Lebensereignisses« Heimerziehung helfen, die Bedarfe aller Familienmitglieder zu sehen und diese besser zu verstehen. Vor diesem Hintergrund sollte es auch mehr Möglichkeiten zur gemeinsamen Unterbringung von ganzen Familien und mehr integrierte Angebote geben.
- **Ausbildungsinhalte so qualifizieren**, dass Wissen, Methoden und Haltungen dazu beitragen, die Familie in ihrer Gesamtheit in den Blick zu nehmen.
- **Fachkräfte für Machtasymmetrien sensibilisieren**, z. B. um Diskriminierung zu vermeiden und Bedürfnisse von Eltern besser wahrnehmen zu können. Auch das Machtgefälle gegenüber Einrichtungen, die finanziell vom Jugendamt abhängig sind, muss systematisch reflektiert werden.
- **Eltern finanziell unterstützen**, z. B. durch die Erstattung von Fahrtkosten zur Einrichtung, zur Unterstützung von Eltern bei Beurlaubung von Kindern nach Hause. Hierzu müssen u. a. Informationen bereitgestellt und neue Formen der Finanzierung gefunden werden, die Zuständigkeiten eindeutiger regeln.





10. Übergänge mit Eltern und Kindern qualifizieren!

Übergänge sind oft von Unsicherheiten geprägt. Aus Sicht der Eltern und Fachkräfte ist besonders die Anfangszeit der Unterbringung eines Kindes in der Heimerziehung für das Familiensystem mit krisenhaften Erlebnissen verknüpft. Fast immer ist die Beendigung der Heimerziehung auch für Eltern mit einem Beziehungsabbruch zu vertrauten Fachkräften verbunden, der konzeptionell bislang wenig beachtet wird. Daher wird gefordert:

-  **Gute Vorbereitung der Anfangszeit und der Verabschiedung sicherstellen**, z. B. durch Transparenz, Information und Aufklärung der Eltern durch das Jugendamt und die Wohngruppen von Anfang an (z. B. Wunsch- und Wahlrecht, Kostenbeitragspflicht etc.).
-  **Berücksichtigung der Bedürfnisse der Eltern**, um herauszuarbeiten, welche Informationen für Eltern zu Beginn, während der Hilfe und bei der Beendigung der Hilfe besonders wichtig sind und wie diese zur Verfügung gestellt und vermittelt werden können.
-  **Möglichkeiten der personellen Zusammenarbeit von ambulanten und stationären Hilfen schaffen**, die Eltern Übergänge erleichtern, z. B. indem Betreuer*innen der Wohngruppe Familien nach Rückführungen eine Zeitlang weiter ambulant betreuen können.

Eltern und Fachkräfte aus folgenden Einrichtungen nahmen an der Beteiligungswerkstatt teil:

Agnesheim Funckenhausen (Hagen)
Ev. Jugendhilfe Bergisch Land (Remscheid)
Ev. Jugendhilfe Friedenshort (Siegen)
Jugendhilfe Lohmühle (Velbert-Nevigles)
Kinderhaus Berlin – Mark Brandenburg e. V. (Berlin)
Kinder- und Jugendhilfe-Verbund Rheinland (Düsseldorf)
Pädagogische Einrichtungen und Beratung e.V. (Bornheim)

Redaktion

Nicole Knuth (Fachhochschule Dortmund)
Tabea Möller (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen)





Moderation des Zukunftsforum Heimerziehung
Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen

Galvanistraße 30
60486 Frankfurt am Main

zukunftsforum-heimerziehung@igfh.de
www.zukunftsforum-heimerziehung.de